

Ursula Mathern Bachstr. 24 55627 Merxheim urs.math@gmx.net

An

Bundeskanzler

Herrn Olaf Scholz

internetpost@bundesregierung.de;

parteivorstand@spd.de;

olaf.scholz.wk@bundestag.de;

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Vizekanzler

Herrn Dr. Robert Habeck

poststelle@bmwi.bund.de;

info@bmwi.bund.de;

Bundesministerin des Innern und für Heimat

Frau Nancy Faeser

poststelle@bmi.bund.de;

internetredaktion@bmi.bund.de;

Bundesministerin des Auswärtigen

Frau Annalena Baerbock

poststelle@auswaertiges-amt.de;

annalena.baerbock@bundestag.de;

Bundesminister der Justiz

Herrn Dr. Marco Buschmann

poststelle@bmjv.bund.de;

Bundesminister für Arbeit und Soziales

Herrn Hubertus Heil

info@bmas.bund.de;

hubertus.heil@bundestag.de;

Bundesminister der Verteidigung

Herrn Boris Pistorius

poststelle@bmvg.bund.de;

info@bundeswehr.org;

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Herrn Cem Özdemir

poststelle@bmel.bund.de;

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frau Lisa Paus

poststelle@bmfsfj.bund.de;

lisa.paus.ma08@bundestag.de;

Bundesminister für Gesundheit

Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach

poststelle@bmg.bund.de;

karl.lauterbach@bundestag.de;

Bundesminister für Digitales und Verkehr

Herrn Dr. Volker Wissing

volker.wissing@bundestag.de;

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Frau Steffi Lemke

poststelle@bmu.bund.de;

steffi.lemke@bundestag.de;

Bundesministerin für Bildung und Forschung

Frau Bettina Stark-Watzinger

bmbf@bmbf.bund.de;

information@bmbf.bund.de;

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Frau Svenja Schulze

poststelle@bmz.bund.de;

svenja.schulze@bundestag.de;

Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Frau Klara Geywitz

internetredaktion@bmi.bund.de;

Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes

Herrn Wolfgang Schmidt

poststelle@bk.bund.de;

Bundespräsident

Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier

bundespraesidialamt@bpra.bund.de;

Offener Brief: Zeitenwende können nicht nur Sie!

Ihr moralisches Kapital ist mehr als aufgebraucht!

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ finden derzeit landauf landab, von Ihnen stark unterstützt, **Demonstrationen gegen Rechts** statt.

Gleichzeitig hat es schon **mehr als ein Geschmäcke, dass die Bundesregierung** – neben den USA und einigen anderen Ländern – an eben jenem Freitag, den 26.01.2024, als der Internationale Gerichtshof Israel zu Sofortmaßnahmen in Gaza verpflichtete, **ankündigte, die finanzielle Unterstützung der UNRWA »vorübergehend auszusetzen«**. Begründung: Israel hat zwölf Mitarbeiter des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) beschuldigt, an dem »Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober« beteiligt gewesen zu sein. (s. [Nahostkonflikt: Anschlag auf Hilfswerk, Tageszeitung junge Welt, 29.01.2024](#))

Ist das die Retourkutsche für eine Gerichtsentscheidung, die Ihnen missfällt?

Beweise für die Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern am „Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober“ gibt es nicht. Bzw. lassen Informationen, die der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet und die israelischen Streitkräfte (IDF) „aus Verhören mit Kämpfern“ gewonnen haben wollen, eher darauf schließen, dass diese durch Folter erzwungen wurden.

Die Vorwürfe Israels gegen die UNRWA seien »inkorrekt«, behauptet die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP). „Tatsächlich gehe es darum, dass UNRWA nach dem Willen Israels und seiner Partner ausgeschaltet werden solle“. (s. [Nahostkonflikt: Anschlag auf Hilfswerk, Tageszeitung junge Welt, 29.01.2024](#)) Nicht zu vergessen ist außerdem: „

Seit dem 7. Oktober wurden bei Angriffen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen **152 UNRWA-Mitarbeiter – einige mit ihren Familien und gezielt – getötet. 141 UNRWA-Einrichtungen wurden ganz oder teilweise zerstört**“.

Dabei wissen auch Sie doch ganz genau, dass die **UNRWA**, die wichtigste Quelle für Bildung, Gesundheit und andere soziale Dienste für Millionen von Flüchtlingen im Gazastreifen, im Westjordanland, in Jordanien, Libanon und Syrien, **besonders für das ÜBERLEBEN DER MENSCHEN IN GAZA UNABDINGBAR IST.**

Die Streichung der Zuschüsse an die UNRWA verhindert aktiv die Befolgung der Anweisung des IGH und könnte durchaus als Beihilfe zum Völkermord gewertet werden, sollte das Gericht letztlich zu diesem Schluss kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
bereits unmittelbar nach den Anhörungen vor dem IGH sind **Sie unangenehm aufgefallen, indem Sie sich** – unter Verweis auf die besondere Verantwortung Deutschlands für Israel – **klar auf dessen Seite gestellt hatten**. Der Vorwurf des Völkermords entbehre jeder Grundlage, behaupteten Sie.

Sie sorgen dafür, dass Deutschland international zunehmend isoliert wird. Sie haben kein Monopol auf Zeitenwenden, wie sich zeigt.

- Laut TAZ wurde **Justizminister Buschmann in Polen ausgebuht**, als er an der Universität Warschau einen Vortrag hielt. (s. [Völkermord-Verfahren gegen Israel: Die Botschaft aus Den Haag – taz.de](#))

- **Künstlerinnen und Künstler weltweit rufen zu einem Boykott deutscher Kultureinrichtungen und Veranstaltungen auf.** Unter den Unterstützenden ist unter anderem die französische Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux. „Strike Germany“: Kunstschaaffende rufen zum Boykott auf (morgenpost.de). Das könnte erst ein Anfang sein, wirtschaftliche Konsequenzen könnten folgen.

- **NAMIBIA's** Präsident äußerte sich **bestürzt und empört**. Er sprach „von einer **„schockierenden Entscheidung der deutschen Regierung**, die die moralisch aufrichtige Anklage Südafrikas zurückweist, dass Israel Genozid gegen die Palästinenser*innen in Gaza begeht“ so die TAZ. **„Der Massenmord an den südnamibischen Herero- und Nama-Völkern durch die damalige deutsche Kolonialmacht von 1904 bis 1908 gilt als erster Völkermord des 20. Jahrhunderts**. Erst nach langer Weigerung erkannte die Bundesregierung 2021 die Verbrechen in der historischen Bewertung als Genozid an – **eine juristische Anerkennung hingegen fehlt bis heute. Namibia kritisiert Deutschlands „Unfähigkeit“, Lehren aus seiner Geschichte zu ziehen.** (s. [Namibia zu Den Haag: „Schockierende Entscheidung“ - taz.de](#) Hervorhebungen U. M.)

Verfahren Sie also aktuell in Bezug auf die Israelische Politik nach der Devise, dass eine Krähe der anderen schon kein Auge aushackt?

- Völlig unter den Tisch fallen lassen haben Sie hierzulande einen Tag später – wie könnte es anders sein – das **Ende der Leningrader Blockade**, dessen anderen Ortes sehr wohl gedacht worden ist. War es doch der 80. Jahrestag, an dem des Durchbruchs durch die Rote Armee nach fast 900 Tagen der Belagerung durch die Deutsche Wehrmacht gedacht wurde. Durchgeführt mit der ausgesprochenen und gezielten Absicht, die Millionenbevölkerung auszuhungern!

Mehr als **1 Million Menschen fielen diesem deutschen Kriegsverbrechen zum Opfer!** Nicht nur verweigerte es sich natürlich nicht mit Ihrem notorischen Hass gegen Russland sowie Ihrer antirussischen Hetze und Kriegstreiberei, dieses Datums hier offiziell zu gedenken. (s. dagegen [1,2 Millionen Menschen verloren ihr Leben: Vor 80 Jahren endete die Leningrader](#)

[Blockade \(rnd.de\)](http://rnd.de)

Ca. 60.000 Überlebende hatten sich im Vorfeld mit einem **Offenen Brief** an Sie gewandt mit der **Forderung nach Entschädigung**. **Nicht-Jüdische Überlebende** hatten im Unterschied zu Jüdischen Überlebenden **NIE eine Entschädigung erhalten**.

Die russische Botschaft in Berlin **ließen Sie wissen, dass Deutschland diesem moralisch begründeten Anliegen** der nichtjüdischen Blockade-Überlebenden **nicht entsprechen wolle**.

Sie verwiesen stattdessen **auf Reparationszahlungen** an die Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg, mit der diese Frage bereits gelöst sei. **Sehr wohl gezahlt hat der Deutsche Staat** dagegen über Jahrzehnte **Sozialleistungen an die deutschen Bürger ... , die im Zweiten Weltkrieg bei der SS dienten**, und den Bürgern anderer Staaten , die mit dem Dritten Reich zusammenarbeiteten, **einschließlich Kämpfer der Kollaborateurverbände, die Leningrad mit belagerten**. (s. [?□° ㄨ* Newsletter der Russischen Botschaft in Berlin \(mailchi.mp\)](http://?□° ㄨ* Newsletter der Russischen Botschaft in Berlin (mailchi.mp)))

SAGEN SIE DOCH MAL SELBST:

WIE VERTRÄGT SICH DAS MIT DEN VON IHNEN UNTERSTÜTZTEN DEMOS GEGEN RECHTS nach dem Motto „NIE WIEDER IST JETZT“?

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurzfristig mögen Sie mit dieser Kampagne einen glänzenden Coup gelandet haben.

Doch nicht nur die Schatten der Vergangenheit strafen Ihre Reden Lügen.

Meinen Sie wirklich, Sie könnten die Bevölkerung auf Dauer für dumm verkaufen, und die geballte Unzufriedenheit mit Ihrer Politik auch hierzulande würde nicht erneut aufbrechen?

„Es ist schön, dass Hunderttausende hierzulande auf die Straße gehen“, ist in der taz zu lesen,

„um gegen eine in Teilen rechtsradikale Partei zu protestieren, in der einige offen zu ihren

Vertreibungsphantasien stehen. **Seltsam nur, dass die Bundesregierung derweil auf internationaler Ebene eine in Teilen rechtsradikale Regierung unterstützt, in der manche aus ihren Vertreibungsplänen keinen Hehl machen. Es ist an der Zeit, den Realitäten ins Auge zu sehen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das ist die Botschaft aus Den Haag“.**

(s. Völkermord-Verfahren gegen Israel: Die Botschaft aus Den Haag – taz.de Hervorhebung U. M.)

- Stoppen Sie Ihren fatalen Amoklauf!

- Halten Sie sich an die Anweisungen des IGH und wirken Sie auf Israel ein, dies ebenfalls zu tun.

- Nehmen Sie die Unterstützung für die UNRWA umgehend wieder auf.

- Keine militärische Unterstützung mehr an Israel und die Ukraine

- Schluss mit monströsen Manövern wie Quadriga!

- Kein Geld mehr in Rüstung! Stattdessen Wiedergutmachung an die Völker der Herero und Nama sowie die Überlebenden der Leningrader Blockade!

- Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zu Russland.

- Treten Sie mit Ihrer eigenen Praxis den Beweis dafür an, dass es Ihnen ernst ist mit „Nie wieder ist jetzt!“

Ursula Mathern